

Politische Partizipation im Medienwandel

Engelmann, Ines

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Engelmann, I. (2019). Politische Partizipation im Medienwandel. In I. Engelmann, M. Legrand, & H. Marzinkowski (Hrsg.), *Politische Partizipation im Medienwandel* (S. 9-25). Berlin <https://doi.org/10.17174/dcr.v6.1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Empfohlene Zitierung: Engelmann, I. (2019). Politische Partizipation im Medienwandel. In I. Engelmann, M. Legrand, & H. Marzinkowski (Hrsg.), *Politische Partizipation im Medienwandel* (S. 9-25). doi: 10.17174/dcr.v6.1

Zusammenfassung: Die Einführung gibt dem Tagungsband ‚Politische Partizipation im Medienwandel‘ einen Rahmen. Zunächst werden politik- und kommunikationswissenschaftliche Vorstellungen des Begriffs politischer Partizipation zueinander in Beziehung gesetzt, da die Beiträge teilweise ein unterschiedliches Begriffsverständnis zugrundelegen. Anschließend werden relevante Entwicklungen des Medienwandels skizziert, wobei das Internet und seine integrierten Kommunikationsplattformen im Mittelpunkt stehen. Aufbauend auf diesem Rahmen wird abschließend versucht, die einzelnen Beiträge des Tagungsbandes in thematischen Schwerpunkten und in den größeren Gesamtzusammenhang einzuordnen.

Lizenz: Creative Commons Attribution 4.0 (CC-BY 4.0)

Ines Engelmann

Politische Partizipation im Medienwandel

Politische Partizipation ist ein „Buzzword“ unserer Zeit, das in vielfältigen Bedeutungen für die unterschiedlichsten Beteiligungsformen verwendet wird. So nimmt politische Partizipation in vielen repräsentativen Demokratien ab, sofern man sinkende Wahlbeteiligungen und abnehmende Parteienmitgliedschaften ins Feld führt (Emmer, Vowe, & Wolling, 2011). Gleichzeitig wird eine Zunahme politischen Protests sowie neuer sozialer Bewegungen und Parteien verzeichnet (Goerres, 2007; Steinbrecher, 2009). Man denke hier beispielsweise an die Proteste gegen die Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) in den Jahren 2016 und 2017, an die sogenannten Abendspaziergänge der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA)“ seit 2014 in vielen deutschen Städten oder die unzähligen Montagsdemonstrationen gegen Stuttgart 21, die 2010 ihren Höhepunkt erreichten.

Auch in den verschiedenen Kommunikationsräumen des Internets finden sich mannigfaltige Ausdrucksformen von politischer Partizipation, die mit politischen Aktivitäten jenseits des Internets auf verschiedene Weise verknüpft sind. Das Spektrum reicht von politischen Meinungsäußerungen in den Kommentarspalten der Online-Ableger klassischer Medienangebote oder in den Sozialen Medien wie Facebook und Twitter über die Beteiligung an Online-Petitionen bis hin zur Organisation von politischen Kampagnen auf der eigenen Website. So informiert zum Beispiel die Plattform für digitale Freiheitsrechte *Netzpolitik.org*

unter anderem über die Freihandelsabkommen und lässt ihre eigenen Beiträge durch Nutzende kommentieren. Die oben genannte PEGIDA-Bewegung hat eine Gruppe auf Facebook gegründet, die inzwischen mehr als 50.000 Abonnierende über ihre Aktivitäten informiert. Parallel dazu hat die Kampagnenplattform Change.org über 500.000 Unterschriften „Für ein buntes Deutschland“ und gegen PEGIDA gesammelt. Bei den regionalen Protesten zu Stuttgart 21 wurde im September 2010 die Bürgerplattform *Direktzu.bahnprojekt-stuttgart-uhl.de/stuttgart21* eingerichtet, auf der mehr als 32.000 Menschen über das Projekt abgestimmt haben und über 650 Bürgeranfragen rund um das Bahnprojekt Stuttgart-Ulm von Fachkräften beantwortet wurden.

Die Beispiele zeigen die Bedeutungsvielfalt der Partizipationsformen offline wie online, die sich mit bereits existierenden Klassifizierungsvorschlägen des Partizipationsbegriffs nur partiell fassen lassen. Während in der Vor-Internet-Ära zunächst konventionelle Formen politischer Beteiligung wie beispielsweise Wahlen oder Parteiarbeit und später auch unkonventionelle Formen wie Demonstrationen oder Proteste wissenschaftliche Beachtung erlangten (Barnes & Kaase, 1979; Westle, 1992), sind durch den digitalen Medienwandel weitere Beteiligungsformen hinzugekommen, die nun im oder durch das Internet praktiziert werden (Überblick z. B. Seifert, 2012; Steinbrecher, 2009; Zimmermann, 2017). Ob es sich bei den Online-Aktivitäten um andersartige Partizipationsformen im Vergleich zur Offline-Partizipation handelt oder ob sie lediglich ein online-basiertes Substitut zu den Offline-Partizipationsformen darstellen, ist empirisch bislang nicht eindeutig geklärt (Gibson & Cantijoch, 2013; Nam, 2012; Oser, Hooghe, & Marien, 2013).

Partizipation und Medienwandel, bedingt durch das Internet bzw. die darin integrierten Kommunikationsdienste, hängen also miteinander zusammen. Der Medienwandel kann Veränderungen in der Beteiligung erklären, andererseits kann auch die Ausgestaltung politischer Beteiligung wiederum den Medienwandel vorantreiben, wobei es politische Partizipation auch schon vor dem Internetzeitalter gab. Beide Begriffe werden zunächst näher bestimmt, bevor die Beiträge dieses Bandes in diesen Kontext eingeordnet werden.

1 Zum Begriff der politischen Partizipation

Häufig wird in der einschlägigen Literatur ein instrumentelles Verständnis des Partizipationsbegriffs zugrunde gelegt. Dieses hat den Vorteil, unterschiedliche Ebenen, Akteure und Formen zu umfassen (Voss, 2014). So definiert Kaase (1995) politische Partizipation als „Tätigkeiten, die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (S. 521; siehe auch Milbrath & Goel, 1977; Norris, 2002; Verba & Nie, 1972; Verba, Scholzman, & Brady, 1995). Der instrumentelle Charakter dieser Definition äußert sich darin, dass die Forschenden (1) Partizipierenden unterstellen, Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung nehmen zu wollen, (2) Fokus auf Menschen in ihrer Rolle als Bürgerinnen und Bürger und nicht auf professionelle Politikerinnen und Politiker legen, (3) politische Partizipation als Aktivität („Tätigkeit“) verstehen, die sich klar vom bloßen politischen Interesse oder der medialen Rezeption politischer Inhalte abhebt, und darin, dass sie freiwillige Aktivitäten betrachten, die (4) weder durch Autoritäten noch durch Gesetze oder Richtlinien angeordnet ist und (5) im weitesten Sinn auf Regierung und Politik („politisches System“) als Ganzes abheben. Der Begriff ist damit nicht auf spezifische Stadien, Ebenen oder Bereiche des politischen Entscheidungsprozesses beschränkt (van Deth, 2009).

In der Kommunikationswissenschaft wird diese politikwissenschaftlich konnotierte Definition aufgegriffen und (vielfach) um kommunikationsbezogene Merkmale, die den eigentlichen politischen Aktivitäten vorausgehen, erweitert. Hierbei geht es einerseits um die rezeptive Selektion und Verarbeitung von politischen Informationen und andererseits um die interpersonale Kommunikation mit dem Ziel, Themen im Austausch mit anderen Personen aus dem direkten sozialen Umfeld gemeinsam zu interpretieren und zu bewerten (Emmer, 2005; Gabriel & Brettschneider, 2002). Insbesondere mit Blick auf die kommunikativen Handlungen gibt es in der Literatur unterschiedliche Sichtweisen, die Trennlinie zwischen Partizipation oder Nicht-Partizipation zu ziehen. Steinbrecher (2009) beispielsweise exkludiert kommunikative, wie auch symbolische und expressive Handlungen aus dem Partizipationsbegriff und begründet dies damit, dass bei politischen Diskussionen mit Bekannten die Definitionskriterien nach Kaase nicht gegeben sind (Steinbrecher, 2009, S. 28-29). Delli Carpini, Cook, und Jacobs (2004) argumentieren in der Tradition der partizipatorischen Demokratietheorie.

Sie verwenden den Begriff der diskursiven Partizipation und beschreiben sie mit fünf Merkmalen: (1) „First, and most obviously, the primary form of activity we are concerned about is discourse with other citizens – talking, discussing, debating, and/or deliberating.” (2) “Second, we see discourse of this kind as a form of participation. [...] But talking in public with other citizens is a form of participation, one that arguably provides the opportunity for individuals to develop and express their views, learn the positions of others, identify shared concerns and preferences, and come to understand and reach judgments about matters of public concern.” (3) “Third, discursive participation can include but is not limited to the formal institutions and processes of civic and political life.” (4) “Fourth, discursive participation can occur through a variety of media, including face-to-face exchanges, phone conversations, email exchanges, and internet forums.” (5) “Fifth, it is focused on local, national, or international issues of public concern.” (S. 318-319). Dieses Partizipationsverständnis berücksichtigt folglich die kommunikativen Handlungen und trennt diese explizit von der Frage nach der Qualität der kommunikativen Handlungen im Hinblick auf die politische Meinungsbildung und nachgelagerte (konkrete) politische Entscheidungen.

In den Sozialen Medien bekommt die Berücksichtigung kommunikativer Aktivitäten eine zusätzliche Dimension, da nicht nur die Möglichkeit besteht, mit anderen Nutzenden zu diskutieren und dabei potentiell hohe Reichweite in der Öffentlichkeit zu erzielen. Stattdessen sind auch nicht-gesprächszentrierte digitale Aktivitäten, wie das Bewerten von Beiträgen per Klick, möglich. Aufgrund des niederschweligen Charakters dieser Aktivitäten stellt sich verschärft die Frage, inwieweit diese Aktivitäten mit der instrumentellen Partizipationsdefinition von Kaase (1995) vereinbar sind. Im Kern ist zu klären, inwiefern Klicks oder Empfehlungen in Sozialen Medien sowie Diskussionen (tatsächlich) Einfluss auf die politischen Entscheidungsfindungsprozesse nehmen können. Wie auch bei den oben skizzierten gesprächszentrierten Formen der Partizipation kann man argumentieren, dass all diese Aktivitäten nicht notwendigerweise direkt auf konkrete politische Entscheidungen hinwirken. Und dennoch können solche digitalen Meinungsäußerungen die individuelle Selektion von Informationen (Messing & Westwood, 2014) und im nächsten Schritt auch die individuelle sowie die öffentliche Meinungsbildung beeinflussen (Zerback & Fawzi, 2017), was wiederum indirekt auf politische Entscheidungsfindungsprozesse einwirkt. Thimm (2017) plädiert deshalb ähnlich wie Delli Carpini und Kollegen (2004)

dafür, „die Perspektiven einer inhaltlich motivierten Partizipation, wie dies in der politischen Sichtweise des Begriffes zum Tragen kommt, von der medienlogisch-verfahrensbasierten Partizipation zu unterscheiden“ (S. 196).

Maßstäbe für die Beurteilung der Qualität dieser niederschweligen bzw. gesprächszentrierten Partizipationsformen kommen unter anderem aus der Deliberationsforschung, wobei es sich hierbei nicht um ein Konzept zur Beschreibung der empirischen Realität handelt, sondern um ein partizipatorisches Ideal. Die Maßstäbe mögen zwischen einzelnen Deliberationstheoretikerinnen und -theoretikern variieren, im Kern besteht Deliberation aus dem kritischen Austausch rationaler Argumente (z. B. Graham, 2009; Habermas, 1992; Steenbergen, Bächtiger, Spörndli, & Steiner, 2003; Zimmermann, 2017). Allerdings fördern die partizipativen und interaktiven Potentiale der Sozialen Medien nicht in jedem Fall qualitativ anspruchsvolle Beiträge zum öffentlichen Diskurs, sondern sie führen mitunter auch zu problematischen Handlungsweisen wie Inzivilität (Brooks & Geer, 2007; Coe, Kenski, & Rains, 2014), Hate Speech (Meibauer, 2013) oder Trolling (Bishop, 2013; Hardaker, 2010).

2 Das Internet als Teil des Medienwandels

Große Veränderungen der Medienlandschaft über lange Zeiträume hinweg werden im Fach unter dem Label Medienwandel subsumiert, wobei Neu- und/oder Weiterentwicklungen von (Massen)Medien auch als Teil eines Strukturwandels der Öffentlichkeit betrachtet werden (Neuberger, 2009; Vowe, 2014). Eine der derzeitigen Zäsuren in der Medienlandschaft stellen das Internet und seine integrierten Kommunikationsplattformen dar (Schulz, 2010). Vor der Ära des Internets war die Medienöffentlichkeit primär durch massenmediale Kommunikation geprägt, d. h. Massenmedien verbreiteten Informationen vorwiegend öffentlich, indirekt und einseitig (one-to-many) an ein disperses Publikum. Ein Merkmal dieser massenmedialen Logik ist, dass sie prinzipiell durch die Abwesenheit von Interaktion gekennzeichnet ist (Jäckel, 2011). Zudem zeichnet sich diese Medienöffentlichkeit vor der Internet-Ära als eliten-geprägt aus – mit Habermas' Worten ist sie „vermachtet“ (Habermas, 2008). Dies bedeutet einerseits, dass der professionelle, redaktionell organisierte Journalismus als Gatekeeper entscheidet, welche Akteure und welche Inhalte in der Medienöffentlichkeit Sichtbarkeit erlangen

(Neuberger, 2009). Dies führt andererseits dazu, dass einflussreiche politische und ökonomische Akteure die höchsten Chancen haben, in den Medien gesehen und gehört zu werden (Emmer & Wolling, 2010).

Das Internet hat einige dieser klassischen massenmedialen Strukturen technischer und institutioneller Art grundlegend aufgebrochen (Jarren & Donges, 2011; Neuberger, 2009). So unterscheiden sich klassische und digitale Medien zunächst darin, dass die klassischen Medienangebote Push-Angebote liefern. Der Kommunikationsfluss, insbesondere in Rundfunk und Fernsehen, wird angebotsseitig gesteuert. Das Publikum kommt folglich auch zufällig mit Themen und Meinungen in Berührung, die gesendet werden, ohne dass man sich aktiv dafür entschieden hat. Marcinkowski (2010) spricht in diesem Zusammenhang von der „Politikvermittlungsfalle“ des Fernsehens. Demnach werden politisch wenig Interessierte versehentlich mit Informationen über öffentliche Angelegenheiten in Kontakt gebracht und lernen beiläufig etwas (Schubert, 2010). Digitale Medien sind dagegen seit ihrer Entstehung primär als Pull-Medien charakterisiert. So erfordern digitale Medien eine stärkere Aktivität des Nutzers, um Informationen zu selektieren. In der Konsequenz erreichen Pull-Medien deshalb nicht die gleiche Form von öffentlicher Aufmerksamkeit wie Push-Angebote. Zudem wird befürchtet, dass die aktive Suche nach Informationen zu „echo chambers“ (Sunstein, 2009) führen könnte, wo eigene Ansichten eher verstärkt werden als dass man mit widerstreitenden Positionen in Kontakt kommt.

Dem kann man entgegen halten, dass das Internet zahlreiche verschiedene Kommunikationsplattformen bündelt, die parallel nebeneinander bestehen oder gar miteinander vernetzt sind. So co-existieren Online-Ableger traditionell journalistischer Nachrichtenangebote neben verschiedenen Social-Media-Plattformen, die seit Mitte der 2000er Jahre ihren Aufstieg erleben. So vielfältig die Landschaft Sozialer Medien auch sein mag – sie reicht von kollaborativen Wissenssystemen (Wikipedia) über soziale Netzwerke (Facebook), Karrierenetze (Xing, LinkedIn) bis hin zu Fotonetzwerken (Flickr), Videoplattformen (YouTube) und Kommentarbereichen auf journalistischen Websites (Zimmermann, 2017) – im Kern teilen sie zwei gemeinsame Charakteristika. Erstens sind sie in ihrer Struktur und Logik interaktiv, kollaborativ und partizipativ angelegt. Zimmermann (2017) stellt fest, dass ihre „partizipative Logik eine Art gravitatischen Kern“ (S. 59) darstellt. Jarren & Donges (2011) heben dagegen auf das interaktive Element ab, haben damit aber auch die Beteiligungsmöglichkeiten der Nutzenden

im Blick. Sie sprechen einzelnen Medien bzw. Plattformen lediglich unterschiedliche Grade des Interaktivitätspotenzials zu. Die Interaktivitätspotenziale sagen aber noch nichts darüber aus, ob Nutzende von diesen Möglichkeiten tatsächlich Gebrauch machen und Inhalte hinzufügen oder entfernen bzw. sich mit Anderen austauschen.

Das zweite Merkmal Sozialer Medien ist, individuell oder gemeinschaftlich User Generated Content (UGC) zu generieren, zu veröffentlichen und zu verbreiten (Kaplan & Haenlein, 2010). Das führt einerseits dazu, dass der Journalismus seit dem Aufkommen des Internets sein Gatekeeper-Monopol verloren hat, das er in der Vor-Internet-Ära fast uneingeschränkt innehatte. Andererseits ermöglicht es den vormals isolierten Individuen des dispersen Publikums, dass sie in den Sozialen Medien nicht mehr nur Nutzende im Sinne Rezipierender sind, sondern als Produzierende ihres eigenen Medienangebots auftreten können. Bruns (2008) hat für die Möglichkeit, in den Sozialen Medien flexibel die Rollen tauschen zu können, den Begriff des *Producers* geprägt.

Aus den bisherigen Ausführungen ergeben sich einige offene Fragen für die aktuelle und zukünftige Partizipationsforschung. Aus entscheidungstheoretischer Perspektive stellt sich die Frage, inwiefern der Medienwandel durch Internet und digitale Medien nicht nur Beteiligungsformen und -vielfalt erhöht hat, sondern die gesunkenen Informations- und Beteiligungskosten auch das Ausmaß an Beteiligung und den Kreis der Teilnehmenden erhöhen. Die bisherige Forschung kommt hierbei zu gemischten Befunden (Gibson, Lusoli, & Ward, 2005; Jensen, 2013; Shah, Cho, Eveland, & Kwak, 2005; Vowe, 2014) und stellt zahlreiche Einflussfaktoren aus verschiedenen Theorieperspektiven in den Mittelpunkt, unter denen Beteiligung mehr oder weniger wahrscheinlich ist. Aus deliberativer Sicht steht weniger das Ausmaß der Beteiligung im Vordergrund, als vielmehr die Qualität der Beteiligung. Entscheidend ist hier die Frage, wie beteiligungswillige Bürgerinnen und Bürger so einbezogen werden, dass politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse auf Basis eines kritischen Austauschs mit rationalen Argumenten stattfinden und so Entscheidungsergebnisse legitimieren können. Auch in diesem Forschungszweig gibt es sowohl kritische, optimistische als auch ambivalente Einschätzungen (z. B. Coe et al., 2014; Esau, Friess, & Eilders, 2017; Freelon, 2015; Rowe, 2015; Ruiz et al., 2011). Noch weitgehend offen ist in der Forschung die Frage, welche Einflussfaktoren die Qualität der Beteiligung in verschiedenen Kommunikationsräumen fördern oder hemmen können (Ksiazek, 2015; Zimmermann, 2017).

Aus normativer Sicht kann man schließlich fragen, inwiefern ein zunehmendes Ausmaß an Beteiligung überhaupt wünschenswert ist. Man könnte auch argumentieren, dass einerseits wachsender Wohlstand und eine höhere Ausbildung dazu beigetragen haben, dass Politik nicht mehr als notwendiger Teil sozialer Konflikte gesehen wird. Andererseits kann man auch argumentieren, dass Politik in den letzten Jahrzehnten erfolgreich darin war, das Leben vieler Bürgerinnen und Bürger leichter und sicherer zu machen, so dass sie sich nun erfreulicheren Dingen des Lebens zuwenden können (van Deth, 2009). Normativ umstritten sind auch die Kriterien, an denen die Qualität gesprächszentrierter Beteiligungsformen gemessen werden soll. Uneinigkeit besteht insbesondere darüber, wie hoch die Ansprüche sind, die an die kognitiven und die kommunikativen Fähigkeiten sowie an das Wissen der Individuen gestellt werden sollen (Überblick z. B. Bächtiger et al., 2010; Zimmermann, 2017).

3 **Schwerpunkte des Tagungsbandes**

Vor dem Hintergrund der vorangegangenen Einführung werden im Folgenden die einzelnen Beiträge des Tagungsbandes in vier thematischen Schwerpunkten vorgestellt. Die vorstehenden Erläuterungen zeigen bereits die Breite der Entwicklungen auf, die in ihrer Heterogenität auch am Schnittpunkt von Politik- und Kommunikationswissenschaft das Verständnis von politischer Online-Partizipation überformt und verändert haben. Die Beiträge des vorliegenden Tagungsbandes spiegeln die Vielfalt im Feld der politischen Kommunikations- und Partizipationsforschung wider und lenken den Blick auf spezifische Aspekte der oben genannten Forschungsdesiderata.

Der Tagungsband beginnt mit drei (überwiegend) theoretischen Beiträgen. Zunächst fragt Sigrid Baringhorst aus einer normativen politik- und demokratietheoretischen Sicht, inwiefern mehr Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern in webgestützten staatlichen Konsultationsangeboten, den deliberativen „invited spaces“ im Internet, und in den von den Bürgerinnen und Bürgern bottom-up geschaffenen „invented spaces“ zu einer Stärkung und Ausweitung „politischer“ Räume führt. Angelehnt an die Theorien von Hannah Arendt und Oliver Marchart spannt sie einen normativen Kriterienkatalog politischen Handelns auf und diskutiert, inwiefern die neuen Formen der Partizipation in invited und invented spaces

diesen normativen Ansprüchen an politisches Handeln genügen. Dabei wird politisches Handeln in diesem Beitrag als normativ anspruchsvolles Handeln verstanden, das über bloßes Partizipationsverhalten hinausgeht und zusätzlich substantielle Bedingungen erfüllen soll.

Nicht ausschließlich aus normativer, sondern auch aus empirischer Perspektive fragen Marie Legrand, Sabrina Kessler und Camilla Eisenreich nach möglichen Unterschieden im wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Begriffsverständnis von politischer Online-Partizipation. In einem ersten Schritt wird aus politik- und kommunikationswissenschaftlichen Definitionen herausgearbeitet, welche analytischen und welche normativen Merkmale politische Online-Partizipation im Kern ausmachen. Im zweiten Schritt wird darauf aufbauend das gesellschaftliche Verständnis von politischer Online-Partizipation empirisch ermittelt und mit dem wissenschaftlichen Verständnis – abgebildet in den wissenschaftlichen Definitionen – verglichen.

In der Forschungstradition der digitalen Spaltung (Digital Divide) oder Beteiligungsspaltung (Participation Divide) schlagen schließlich Christian Pieter Hoffmann, Jasmin Weber, Robert Zepic, Vanessa Greger und Helmut Krcmar das Konzept digitaler Mündigkeit (Digital Citizenship) vor, um Online-Beteiligung insbesondere mit den Kompetenzen und Fähigkeiten der Nutzenden zu erklären. Sie bestimmen digitale Mündigkeit auf fünf Dimensionen näher – Technical Literacy, Privacy Literacy, Information Literacy, Social Literacy und Civic Literacy – und überprüfen den Einfluss der einzelnen Dimensionen auf Online-Partizipation empirisch. Der Beitrag bietet dahingehend theoretischen Mehrwert, als dass die fünf Dimensionen digitaler Mündigkeit die Ressourcen als Einflussbündel des Civic Voluntarism Model (Verba et al., 1995) für die Online-Partizipation sehr umfassend spezifizieren.

Im zweiten Block des Tagungsbandes stehen politische Akteure und ihre Partizipationsbemühungen im Hinblick auf die Wählerschaft bzw. die eigene Anhängerschaft im Mittelpunkt. In der Netzwerköffentlichkeit des Internets haben ebenso politische Akteure die Möglichkeit, das journalistische Gatekeeper-Monopol zu umgehen und direkt mit den Bürgerinnen und Bürgern zu kommunizieren und zu interagieren (Neuberger, 2009). In der Vor-Internet-Ära gab es solche Möglichkeiten zwar auch, aber bevorzugt in regional begrenzten Räumen, wie beispielsweise am Wahlkampfstand in der Fußgängerzone.

Tanja Evers geht in ihrem Beitrag der Frage nach, welche Strategien die einzelnen Parteien im Bundestagswahlkampf 2013 auf Facebook wie häufig angewendet haben,

wobei sie zusätzlich etablierte und Newcomer-Parteien (Piraten, AFD) unterscheidet. Es werden die inhaltlichen Strategien der Personalisierung, der Themenorientierung und des Negative Campaigning sowie die interaktiven Strategien der Dialogorientierung und der Mobilisierung in den Blick genommen. Es zeigt sich einerseits, dass etablierte und Newcomer-Parteien unterschiedliche Schwerpunkte auf Facebook hinsichtlich ihrer eingesetzten Strategien setzen. Andererseits sind die verwendeten Strategien bei den Facebook-Nutzenden unterschiedlich erfolgreich.

Auch im zweiten Beitrag von Tobias Keller und Katharina Kleinen-von KönigsLöw geht es um den Erfolg politischer Akteure auf den Social-Media-Plattformen Facebook und Twitter, und zwar am Beispiel der Schweiz. Anders als im ersten Beitrag wird aber nicht die Wahlkampf-, sondern eine Routinephase betrachtet. Zudem werden nicht die Strategien der elf Schweizer Parteien und der 246 Schweizer Parlamentsmitglieder als mögliche Ursache für die Größe der Anhängerschaft und die Anzahl der Reaktionen in den beiden Sozialen Medien analysiert, sondern persönliche Merkmale der Parteimitglieder und strukturelle Merkmale der Parteien. Eingebettet ist der empirische Teil der Studie in die übergeordnete Frage, ob sich strukturell bevorteilte oder benachteiligte politische Parteien in den Sozialen Medien besser positionieren können (Normalisierungsthese vs. Angleichungsthese).

Auch der dritte Beitrag interessiert sich für die Frage, inwieweit politische Parteien die Wählerschaft im Wahlkampf zur politischen Partizipation anregen. Nicole Podschuweit und Stephanie Geise nehmen dabei nicht nur die Social-Media-Kampagnen der politischen Parteien in den Blick, sondern auch deren persönliche Kontakte mit den Wählerinnen und Wählern an der Haustür. Mittels qualitativer Befragung von Wahlkampffexpertinnen und -experten untersuchen sie, welche der vier Strategie-Typen – informationale, interaktionale, partizipative oder beziehungsbildende Strategien – die politischen Parteien in der direkten Kommunikation mit den Wählerinnen und Wählern anwenden und präferieren.

Politische Offline-Partizipation wird traditionell durch drei Faktorenbündel erklärt (Überblick: z. B. Gerl, Marschall, & Wilker, 2016). (1) Das Ressourcenmodell geht davon aus, dass sozialstrukturelle Merkmale und partizipationsrelevante Ressourcen bestimmen, ob und inwieweit sich jemand beteiligt. (2) Der sozialpsychologische Ansatz fokussiert auf politische Einstellungen, Interessen, Werte und Normen sowie auf die Wahrnehmung der politischen Selbstwirksamkeit. Ein dritter Ansatz basiert auf (3) individuellen Kosten-Nutzen-Kalku-

lationen für politische Beteiligung, stellt also motivationale Faktoren in den Vordergrund. Diese Modelle scheinen aber nur teilweise geeignet zu sein, Online-Partizipation zu erklären. Sie müssen deshalb je nach Kontext modifiziert oder um medien- bzw. internetspezifische Aspekte erweitert werden. Solche Modellanpassungen werden im dritten Themenblock vorgenommen.

Zunächst gehen Narin Karadas und Thomas Zerback der Frage nach, warum Personen mit Migrationshintergrund ein niedrigeres Partizipationsniveau aufweisen als Personen ohne Migrationshintergrund. Basierend auf den Daten des European Social Survey erweitern sie das Civic Voluntarism Model um kommunikationswissenschaftlich relevante Einflussfaktoren. Dafür betrachten sie zusätzlich, inwieweit die Nutzung (politischer) Informationen aus den Massenmedien von Personen mit und ohne Migrationshintergrund die politische Beteiligung – zum Beispiel an Wahlen, Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen – erklären kann.

Das Civic Voluntarism Model bildet auch im nächsten Beitrag den Ausgangspunkt. Hanna Marzinkowski, Sophie Heerdegen, Nada Lipovac und Marcus Voigt untersuchen im Kern die Frage, warum Personen, die auf Facebook registriert und aktiv sind, sich auf dieser Plattform nicht politisch beteiligen. Auf Seiten der Bedingungen für politische Partizipation auf der Plattform Facebook erweitern sie Civic Voluntarism Model um kommunikations- und plattformbezogene Motivationen, wie zum Beispiel um die Einschätzung des diskursiven Umfelds oder um erwartete Folgen der Online-Beteiligung auf der Plattform selbst sowie im sozialen Offline-Kontext. Erklärt werden zwölf Partizipationsformen auf Facebook, die sie auf einem Kontinuum von niederschwellig bis hochschwellig klassifizieren.

Um die Qualität der Online-Partizipation geht es im Beitrag von Katharina Esau, Dennis Frieß und Christiane Eilders. Auf Basis einer Inhaltsanalyse untersuchen sie, unter welchen Bedingungen sich normative Merkmale klassischer Deliberationskonzepte wie Rationalität, Reziprozität und Respekt sowie Charakteristika inklusive Deliberationskonzepte wie Narrationen, Emotionen und Humor in Nutzerkommentaren gegenseitig ausschließen oder ergänzen. Als Bedingungen für die Qualität der Publikumsbeiträge betrachten sie Online-Kommunikationsräume wie journalistische Nachrichtenangebote auf Facebook und kommunale Beteiligungsplattformen, die sie anhand der Indikatoren Initiator, Legislativpotenzial und Einflusstransparenz in starke oder schwache Öffentlichkeiten einteilen.

Im vierten Teil des Tagungsbandes stehen abschließend die Inhalte politischer Online-Beteiligung im Vordergrund. Primär geht es hier nicht um die normativ

wünschenswerten Inhalte von Online-Partizipation, sondern um die weniger wünschenswerten und negativen Begleiterscheinungen, die Online-Beteiligung mit sich bringen kann. Im Einzelnen werden mögliche Bedingungen oder Folgen von Inzivilität oder Hate Speech in den Sozialen Medien in den Blick genommen.

Hasskommentare werden im ersten Beitrag nach mehreren Devianzmerkmalen klassifiziert. Erstens wird nach der Art der Normverletzung in Gewaltaufrufe, Verschwörungstheorien, Gerüchte, Beleidigungen und Agitation unterschieden, zweitens nach der Subtilität der Normverletzung und nach dem Opfertyp differenziert. Die Autorinnen und der Autor des Beitrags – Claudia Wilhelm, Isabell Ziegler und Sven Jöckel – gehen davon aus, dass Rechtfertigungen oder Entschuldigungen, sogenannte Neutralisierungstechniken, eher zur Akzeptanz von Hate Speech in Nutzerkommentaren führen. In der Folge, so ihre Annahme, werden Normverstöße auf Social-Media-Plattformen weniger wahrscheinlich gemeldet. Diese Annahmen prüfen sie mit Hilfe eines wahlbasierten Conjoint-Designs.

Der Beitrag von Christina Köhler, Marc Ziegele und Matthias Weber beschäftigt sich ebenfalls mit den Folgen von Hasskommentaren, aber anders als der vorherige Beitrag nicht mit dem potentiellen Sanktionsverhalten als Reaktion auf Hasskommentare. Stattdessen wird in einem Online-Experiment untersucht, wie sich neutrale vs. hasserfüllte Kommentare gegenüber hilfsbedürftigen Gruppen (Geflüchtete vs. Obdachlose) auf das Spendenverhalten gegenüber diesen gesellschaftlichen Gruppen auswirken. Ausgehend von den Befunden werden verschiedene Interventionsmaßnahmen diskutiert, mit denen Hate Speech in den Sozialen Medien eingedämmt oder gar verhindert werden könnte.

Mit den Bedingungen von mehr oder weniger Zivilität sowie argumentativer Qualität in Online-Diskussionen setzt sich der letzte Beitrag dieses thematischen Blocks auseinander. Pablo Jost und Christina Köhler gehen davon aus, dass sich persönliche Betroffenheit, Merkmale der journalistischen Berichterstattung wie Personalisierung, Emotionalisierung und Negativität sowie das Diskussionsklima auf den Grad der Inzivilität und die Qualität des Kommentierverhaltens auswirken. Aus Sicht der Online-Deliberation können sie ein Ergebnis wiederholt bestätigen: Inzivilität in Nutzerkommentaren und argumentative Qualität müssen sich nicht zwangsläufig ausschließen.

Alle Beiträge dieses Tagungsbandes sind das Resultat der im Februar 2017 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena ausgerichteten Tagung „Disliken, diskutieren, demonstrieren – Politische Partizipation im (Medien-)Wandel“, des

Arbeitskreises „Politik und Kommunikation“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW), der Fachgruppe „Kommunikation und Politik“ der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) und der Fachgruppe „Politische Kommunikation“ der Schweizerischen Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft (SGKM). Die Veranstalterinnen dieser Tagung – Ines Engelmann, Marie Legrand und Hanna Marzinkowski – danken allen Teilnehmenden für die fruchtbaren Diskussionen und die Beiträge zu diesem Tagungsband!

Prof. Dr. Ines Engelmann ist Professorin für Kommunikationswissenschaft mit dem Schwerpunkt Empirische Methoden am Institut für Kommunikationswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Quellenverzeichnis

- Bächtiger, A., Niemeyer, S., Neblo, M., Steenbergen, M. R., & Steiner, J. (2010). Disentangling diversity in deliberative democracy: Competing theories, their blind spots and complementarities. *Journal of Political Philosophy*, 18(1), 32–63. doi: 10.1111/j.1467-9760.2009.00342.x
- Barnes, S. H., & Kaase, M. (1979). *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills, London: Sage.
- Bishop, J. (2013). *Examining the Concepts, Issues, and Implications of Internet Trolling*. Hershey: IGI Global.
- Brooks, D. J., & Geer, J. G. (2007). Beyond negativity: effects of incivility on the electorate. *American Journal of Political Science*, 51, 1–16. doi: 10.1111/j.1540-5907.2007.00233.x
- Bruns, A. (2008). *Blogs, Wikipedia, Second Life, and beyond: From production to produsage (digital formations)*. New York: Peter Lang.
- Coe, K., Kenski, K., & Rains, S. A. (2014). Online and Uncivil? Patterns and Determinants of Incivility in Newspaper Website Comments. *Journal of Communication*, 64, 658–679. doi: 10.1111/jcom.12104
- Delli Carpini, M. X., Cook, F. L., & Jacobs, L. R. (2004). Public Deliberation, Discursive Participation, and Citizen Engagement. *Annual Review of Political Science*, 7, 315–344. doi: 10.1146/annurev.polisci.7.121003.091630

- Emmer, M. (2005). *Politische Mobilisierung durch das Internet? Eine kommunikationswissenschaftliche Untersuchung zur Wirkung eines neuen Mediums*. München: Fischer.
- Emmer, M., Vowe, G., & Wolling, J. (2011). *Bürger online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland*. Konstanz: UVK.
- Emmer, M., & Wolling, J. (2010). Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit. In K. Beck & W. Schweiger (Hrsg.), *Handbuch Online-Kommunikation* (S. 36–58). Wiesbaden: VS.
- Esau, K., Friess, D., & Eilders, C. (2017). Design Matters! An Empirical Analysis of Online Deliberation on Different News Platforms. *Policy & Internet*, 9(3), 321–342. doi: 10.1002/poi.3.154
- Freelon, D. G. (2015). Discourse architecture, ideology, and democratic norms in online political discussion. *New Media & Society*, 17(5), 772–791. doi: 10.1177/1461444813513259
- Gabriel, O. W., & Brettschneider, F. (2002). Politische Partizipation. In O. Jarren (Hrsg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft: Ein Handbuch mit Lexikonteil* (S. 285–291). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerl, K., Marschall, S., & Wilker, N. (2016). Innerparteiliche Demokratie 2.0? Partizipation von Parteimitgliedern im Internet. *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, 10, 115–149. doi: 10.1007/s12286-016-0288-7
- Gibson, R. K., & Cantijoch, M. (2013). Conceptualizing and Measuring Participation in the Age of the Internet: Is Political Engagement Really Different to Offline? *The Journal of Politics*, 75(3), 701–716. doi: 10.1017/S0022381613000431
- Gibson, R. K., Lusoli, W., & Ward, S. (2005). Online Participation in the UK: Testing a „Contextualised“ Model of Internet Effects. *The British Journal of Politics & International Relations*, 7(4), 561–583. doi: 10.1111/j.1467-856x.2005.00209.x
- Gorres, A. (2007). Why are older people more likely to vote? The impact of ageing on electoral turnout across Europe. *British Journal of Politics and International Relation*, 9(1), 90–121. doi: 10.1111/j.1467-856X.2006.00243.x
- Graham, T. S. (2009). *What's Wife Swap Got to Do with It? Talking Politics in the Net-Based Public Sphere*: Doktorarbeit. Abgerufen von <http://dare.uva.nl/document/145538>. doi: 10.13140/RG.2.1.3413.0088
- Habermas, J. (2008). *Ach Europa: Kleine politische Schriften XI*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Habermas, J. (1992). *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hardaker, C. (2010). Trolling in asynchronous computer-mediated communication: From user discussions to academic definitions. *Journal of Politeness Research*, 6, 215–242. doi: 10.1515/jplr.2010.011
- Jäckel, M. (2011). *Medienwirkungen. Ein Studienbuch zur Einführung*. 5., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS.
- Jarren, O., & Donges, P. (2011). *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung*. 3. Auflage. Wiesbaden: VS.
- Jensen, J. L. (2013). Political Participation Online: The Replacement and the Mobilisation Hypotheses Revisited. *Scandinavian Political Studies*, 36(4), 347–364. doi: 10.1111/1467-9477.12008
- Kaase, M. (1995). Partizipation. In D. Nohlen (Hrsg.), *Wörterbuch Staat und Politik* (S. 521–527). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kaplan, A. M., & Haenlein, M. (2010). Users of the world, unite! The challenges and opportunities of Social Media. *Business Horizons*, 53, 59–68. doi: 10.1016/j.bushor.2009.09.003
- Ksiazek, T. B. (2015). Civil Interactivity: How News Organizations' Commenting Policies Explain Civility and Hostility in User Comments. *Journal of Broadcasting & Electronic Media*, 59(4), 556–573. doi: 10.1080/08838151.2015.1093487
- Marcinkowski, F. (2010). Das Fernsehen als Politikvermittlungsfalle. „Versehentliche“ Nutzung und „beiläufiges“ Lernen von Nachrichten. In C. Schemer, W. Wirth, & C. Wünsch (Hrsg.), *Politische Kommunikation: Wahrnehmung, Verarbeitung, Wirkung* (S. 171–191). Baden-Baden: Nomos.
- Meibauer, J. (2013). Hassrede – von der Sprache zur Politik. In J. Meibauer (Hrsg.), *Hassrede/Hate Speech. Interdisziplinäre Beiträge zu einer aktuellen Diskussion* (S. 1–16). Gießen: Elektronische Bibliothek.
- Messing, S., & Westwood, S. J. (2014). Selective Exposure in the Age of Social Media. Endorsements Trump Partisan Source Affiliation When Selecting News Online. *Communication Research*, 41(8), 1042–1063. doi: 10.1177/0093650212466406
- Milbrath, L. W., & Goel, M. L. (1977). *Political Participation. How and Why People Get Involved in Politics*. Chicago: Rand McNally.
- Nam, T. (2012). Dual effects of the internet on political activism: Reinforcing and mobilizing. *Government Information Quarterly*, 29, 90–97. doi: 10.1016/j.giq.2011.08.010

- Neuberger, C. (2009). Internet, Journalismus und Öffentlichkeit. In C. Neuberger, C. Nuernbergk, & M. Rischke (Hrsg.), *Journalismus im Internet. Profession – Partizipation – Technisierung* (S. 19–105). Wiesbaden: VS.
- Norris, P. (2002). *Democratic Phoenix. Reinventing Political Activis*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Oser, J., Hooghe, M., & Marien, S. (2013). Is Online Participation Distinct from Offline Participation? A Latent Class Analysis of Participation Types and Their Stratification. *Political Research Quarterly*, 66(1), 91–101. doi: 10.1177/1065912912436695
- Rowe, I. (2015). Deliberation 2.0: Comparing the deliberative quality of online news user comments across platforms. *Journal of Broadcasting & Electronic Media*, 59(4), 539–555. doi: 10.1080/08838151.2015.1093482
- Ruiz, C., Domingo, D., Micó, J. L., Díaz-Noci, J., Meso, K., & Masip, P. (2011). Public Sphere 2.0? The Democratic Qualities of Citizen Debates in Online Newspapers. *The International Journal of Press/Politics*, 16(4), 463–487. doi: 10.1177/1940161211415849
- Schubert, M. (2010). Informationsvermittlung 2.0. Was Rezipienten bei der Nebenbeinutzung von politischen Nachrichten lernen. In C. Schemer, W. Wirth, & C. Wünsch (Hrsg.), *Politische Kommunikation: Wahrnehmung, Verarbeitung, Wirkung* (S. 193–212). Baden-Baden: Nomos.
- Schulz, W. (2010). *Politische Kommunikation. Politische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*. 3. Auflage. Wiesbaden: VS.
- Seifert, M. (2012). *Mobilisierung für alle? Sozial selektive Wirkungen des Internets auf die politische Kommunikation*. Wiesbaden: VS.
- Shah, D. V., Cho, J., Eveland, W. P., & Kwak, J. (2005). Information and Expression in a Digital Age: Modeling Internet Effects on Civic Participation. *Communication Research*, 32, 531–565. doi: 10.1177/0093650205279209
- Steenbergen, M. R., Bächtiger, A., Spörndli, M., & Steiner, J. (2003). Measuring Political Deliberation: A Discourse Quality Index. *Comparative European Politics*, 1(1), 21–48. doi: 10.1057/palgrave.cep.6110002
- Steinbrecher, M. (2009). *Politische Partizipation in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.
- Sunstein, C. R. (2009). *Republic.com 2.0*. Princeton: Princeton University Press.
- Thimm, C. (2017). Soziale Medien und Partizipation. In J.-H. Schmidt & M. Taddicken (Hrsg.), *Handbuch Soziale Medien* (S. 191–210). Wiesbaden: Springer VS.

- van Deth, J. (2009). Politische Partizipation. In V. Kaina, & A. Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch* (S. 141–161). Wiesbaden: VS.
- Verba, S., & Nie, N. (1972). *Participation in America. Political Democracy and Social Equality*. New York: Harper & Row
- Verba, S., Scholzman, K. L., & Brady, H. E. (1995). *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge, London: Harvard University Press.
- Voss, K. (2014). *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*. Springer VS.
- Vowe, G. (2014). Digital Citizens und Schweigende Mehrheit: Wie verändert sich die politische Beteiligung der Bürger durch das Internet? – Ergebnisse einer kommunikationswissenschaftlichen Langzeitstudie. In K. Voss (Hrsg.), *Internet und Partizipation: Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet* (S. 25–52). Wiesbaden: Springer VS.
- Westle, B. (1992). Politische Partizipation. In O. W. Gabriel (Hrsg.), *Die EG-Staaten im Vergleich* (S. 135–171). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Zerback, T. & Fawzi, N. (2017). Can online exemplars trigger a spiral of silence? Examining the effects of exemplar opinions on perceptions of public opinion and speaking out. *New Media & Society*, 19(7), 1034–1051. doi: 10.1177/1461444815625942
- Zimmermann, T. (2017). *Digitale Diskussionen. Über politische Partizipation mittels Online-Kommentaren*. Bielefeld: transcript.